

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 04/2023 vom 11. Mai 2023, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Manfred Locher
Peter Aegerter, Natalie Althaus, Sandro Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Franziska Eggenberg, Marc Fritschi, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltpold, Daniela Huber Notter, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Alice Kropf, Thomas Lanz, Christoph Lauener, Barbara Lehmann Rickli, Michelle Marbach, Vanessa Meier, Marianna Oesch Bartlome, Alexandre Reymondin, Thomas Rosenberg (bis 18.40 Uhr), Claude Schlapbach, Leonardo Schlatter, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk, Cloe Weber, Simon Werren, Matthias Zellweger (bis 18.55 Uhr)

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch, Andrea de Meuron und Eveline Salzmann, Gemeinderat Reto Schertenleib

Sekretariat

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Tanja Aebersold

Entschuldigt

Martin Allemann, Nicole Krenger

Schluss der Sitzung

19:30 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst zur Stadtratssitzung. Er führt aus, dass die Sitzung im März trotz mittlerer Arbeitslast drei Stunden dauerte. Er weist darauf hin, dass sich die Mitglieder in Selbstdisziplin üben können. Er möchte eine Redezeitbeschränkung verhindern.

Die Traktandenliste wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

45. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 23. März 2023

Stadtratsbeschluss

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

46. Finanzierung des Förderprogramms Energieeffizienz

Genehmigung Teilrevision des Reglements über die Spezialfinanzierung Investitionen

Zum Eintreten

Fritschi Marc, **PARTEILOS**, beantragt, dass man auf das Geschäft nicht eintritt. Der Gemeinderat hat eine neue Steuer beschlossen auf Strom, die angefochten worden ist. Dann kam der Gemeinderat auf die Idee, dass man das Geld aus einem Fonds bezieht, der für einen anderen Zweck geüffnet worden ist. Das ist nicht nötig und nicht gehörig. Auf die Zweckentfremdung sollte man nicht eintreten.

Studerus Alois, **SAKO FIRU**, hält fest, dass der Stadtrat dem Geschäft am 17. Februar 2022 zugestimmt hat. Ob dies eine Steuer ist oder nicht, wird das Verwaltungsgerichtsverfahren zeigen. Aus welchem Topf die Finanzierung genommen wird, spielt keine Rolle. Es ist Geld der Stadt Thun. Die Kommission will grossmehrheitlich auf das Reglement eintreten.

Schori Franz, **SP-Fraktion**, betrachtet den Weg, den der Gemeinderat als Übergangslösung gewählt hat, als zielführend. Es geht um Investitionen in den Klimaschutz, in die Energieversorgungssicherheit und die Zukunft. Das Reglement darf breiter gefasst werden. Die Fraktion ist für das Eintreten auf das Geschäft.

Aegerter Peter, **SVP-Fraktion**, teilt mit, dass die Fraktion für das Eintreten ist.

Stadtratsbeschluss

Der Rat weist den Antrag auf Nichteintreten mit 33 : 5 Stimmen ab.

Zum Änderungsantrag der SVP-Fraktion und Teilrevision

Der Stadtratspräsident teilt mit, dass nun nur über die Teilrevision des Reglements diskutiert wird. Es geht um die rot markierten Übergangsbestimmungen. Es gibt zudem einen Antrag der SVP-Fraktion.

Gemeinderätin Andrea de Meuron führt aus, dass das angefochtene Reglement vom Stadtrat genehmigt worden ist. Dabei handelt es sich nicht um das Reglement, das der Gemeinderat vorgelegt hat. Es ist das Produkt des Stadtrats. Das Thema Versorgungssicherheit hat zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Es wurde die Lösung vorgelegt, die aus rechtssetzungstechnischer Sicht notwendig ist. Die Stadt Thun muss

sich unabhängig machen von anderen Energieträgern. Heute geht es um die Finanzierung. Das Reglement als solches wurde aber nicht geändert. Es soll keine Gegenstandslosigkeit riskiert werden. Im Moment ist das Reglement rechtlich blockiert. Das Verwaltungsgericht wird entscheiden, ob es sich um eine Steuer oder eine Abgabe handelt. Die Änderungen sollen nicht dazu führen, dass das Verwaltungsgericht gar nicht mehr entscheiden muss, weil eine andere Lösung gefunden worden ist. Die jetzige Lösung ist mit dem Rechtsdienst abgesprochen. Die SVP-Fraktion beantragt, Artikel 4c Absatz 1 Buchstaben b und c des Reglements ersatzlos zu streichen. Die Anträge wurden nach der Frist eingereicht. Der Gemeinderat wird den Antrag ablehnen, weil der Stadtrat das Reglement so genehmigt hat. Kampagnen waren auch noch vorgesehen, diese wurden jedoch nicht übernommen, ebenso wie Leuchtturmprojekte. Jetzt sollen Aktionen, Beratungen und Information gestrichen werden. Es würden keine Informationsveranstaltungen gemacht werden. Aktionen sind wichtig, weil alle angesprochen werden sollen. Unter den Aktionen kann man sich vorstellen, dass spezifische Anspruchsgruppen angesprochen werden wie Kleingewerbe oder Mehrpersonenhaushalte. Beispielsweise können energiesparende Duschbrausen verteilt werden. Bei der Beratung und Informationen geht es vor allem um Gewerbe und KMU. Es können maximal 20'000 Franken gesprochen werden, wenn sich ein Unternehmen dazu entscheidet, dass es seine Prozesse energieeffizienter gestalten will. Es kann komplex werden, wie vorgegangen werden soll. Mit der Beratung kann erreicht werden, dass von den verschiedenen Möglichkeiten die richtige ausgewählt werden kann. Dies ist wichtig und der Gemeinderat hält daran fest.

Borter Valentin, **SVP-Fraktion**, findet, dass er sich über den grundsätzlichen Unsinn dieser beiden Fördertatbestände nicht mehr äussern muss, da er bereits letztes Jahr Ausführungen dazu gemacht hat. Der neue Förderfonds ist finanziell begrenzt. Für Pflasterli-Einsparungen soll kein Geld ausgegeben werden. Es sollen Massnahmen unterstützt werden, die direkt zu CO2-Einsparungen führen. Dies soll die Versorgungssicherheit gewährleisten. Die meisten Beispiele, die genannt wurden, sind nicht rechtens. Wirklich sinnvolle Beispiele hat er noch keine gehört. Die Absätze 2 und 3 stehen im Widerspruch zu den strittigen Artikeln. Es geht darum, wer profitieren kann und Gesuche stellen kann. Die Stadt Thun kann keine Gesuche stellen. Ein Privater kann sich die Kosten für seine Energieberatung nicht aus dem Förderfonds bezahlen lassen. Man soll sich auf die Massnahmen beschränken, die direkt etwas erreichen.

Studerus Alois, **SAKO FIRU**, führt aus, dass die SAKO der Teilrevision bei zwei Enthaltungen und einer Gegenstimme zugestimmt hat. Es geht um eine befristete Übergangslösung. Für die Finanzierung konnte eine gute Lösung gefunden werden. Mit dem Reglement wird Geld zur Verfügung gestellt, womit die Förderungen sofort möglich sind. Es wird teilweise als problematisch beurteilt, dass sachfremde Aspekte im Reglement aufgenommen werden. Mit sachfremd ist gemeint, dass der Förderfonds Energieeffizienz über das Spezialreglement Investitionen finanziert wird. Die Übergangslösung wird aber auch als schlank und geschickt angesehen. Das Inkrafttreten ist im Reglement klar geregelt. Der Fachbeirat wird im darauffolgenden Reglement derselbe sein. Die Kommission unterstützt den Antrag der SVP nicht bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen.

Schori Franz, **SP-Fraktion**, findet den Weg des Gemeinderates zielführend. Die Fraktion unterstützt die Tatbestände gemäss Artikel 4c Absatz 1 Buchstaben b und c. Wenn man will, kann man immer Probleme sehen. Die Fraktion wird den Antrag der SVP ablehnen und die Teilrevision so annehmen, wie sie vorliegt.

Gugger Roman, **Fraktion Grüne/JG**, sagt, dass mit dem Reglement Massnahmen ergriffen werden können sollen, mit welchen die klimapolitischen Ziele der Stadt erreicht werden können. Die Grundlagen sind eigentlich gelegt worden. Eigentlich, weil einige der Meinung sind, dass wegen ein paar Franken die wichtigen Klimaschutzmassnahmen verzögert werden sollen. Wir können uns eine Verzögerung nicht mehr leisten. Massnahmen müssen jetzt getroffen werden. Über die Fördertatbestände wurde genügend gesprochen. Die Fraktion wird die Anträge der SVP ablehnen und den Anträgen des Gemeinderates einstimmig folgen.

Glauser Nicolas, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, führt aus, dass sich seit der letzten Diskussion keine Änderungen ergeben haben. Die Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Studerus Alois, **Fraktion FDP/Die Mitte**, führt aus, dass sich die Fraktion nicht einig ist. Für einige ist der Förderfonds nicht das gelbe vom Ei. Es werden weitere Gebühren generiert. Wenn man das Förderprogramm will, muss man ja sagen. Die Massnahmen werden begrüsst, die sich aus dem Programm ergeben. Die Diskussion betreffend den Antrag der SVP wiederholt sich. Die Fraktion will mehrheitlich die beiden Bestimmungen im Reglement belassen.

Deriaz Philipp, **SVP-Fraktion**, führt aus, dass die Fraktion den Antrag stellt wegen den unsinnigen Massnahmen, die Gemeinderätin de Meuron erwähnt hat. Der Effekt von Massnahmen wie dem Verteilen von Duschbrausen an ein paar Haushalte ist beschränkt. Es werden so funktionierende Duschbrausen entsorgt. Die neuen Duschbrausen werden von weit weg importiert. Das ist nicht sinnvoll.

Berger Mathias, **SVP-Fraktion**, führt aus, dass es viele Widersprüche gibt. Die Fraktion steht grundsätzlich hinter dem Förderprogramm. Die Ausgaben sind gross. Es geht um eine Korrektur von Fehlern im Reglement, die nur zu Problemen führen werden.

Aegerter Peter, **SVP-Fraktion**, beantragt einen Sitzungsunterbruch.

Der Rat genehmigt den Sitzungsunterbruch.

Es folgt ein Sitzungsunterbruch von drei Minuten.

Aegerter Peter, **SVP-Fraktion**, führt aus, dass die Fraktion mit der Stellung von diesen Anträgen konsequent ist. Die Fraktion wollte erreichen, dass die drei Millionen Franken zielführend eingesetzt werden. Die Beratung kann man bereits heute bei der Energie Thun erhalten. Es braucht keine zusätzliche Beratung. Die Fraktion will hier keine Verzögerung erreichen und bittet um Zustimmung zu den Anträgen. Die Fraktion wird aber so oder so der Teilrevision zustimmen.

Gemeinderätin Andrea de Meuron führt aus, dass sich alle einig sind, dass der grosse Teil des Geldes für die grossen Massnahmen eingesetzt werden soll. Als Privatperson kann man sich an eine regionale Beratungsstelle wenden. Eine Stunde ist kostenlos. Als Unternehmen hat man grössere Fragestellungen. Es kann dann ein Gesuch gemäss dem vorliegenden Reglement eingereicht werden. Ideen für Massnahmen können an den Gemeinderat weitergeleitet werden. Schwerpunkt hat in einer ersten Phase der Heizungsersatz.

Stadtratsbeschluss

Der Rat lehnt den Änderungsantrag der SVP-Fraktion mit 20 : 15 Stimmen bei drei Enthaltungen ab.

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 Buchstabe a sowie Artikel 39 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 5. April 2023 beschliesst mit 33 : 5 Stimmen:

1. Genehmigung der Teilrevision des Reglements über die Spezialfinanzierung Investitionen und Inkraftsetzung per 1. Juli 2023.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Zur Finanzierung

Gemeinderätin Andrea de Meuron erläutert, dass man nicht genau weiss, wie lange es bis zum Entscheid des Verwaltungsgerichts geht. Die vier Jahre werden reichen, bis der Entscheid vorliegt und man weiss, ob die Lösung, die auch andere Gemeinden haben, rechtlich zulässig ist. Das von der SVP-Fraktion eingereichte Postulat ist damit noch nicht vom Tisch. Pro Jahr sollen rund 700'000 Franken Förderung gemäss dem Reglement eingesetzt werden können.

Studerus Alois, **SAKO FiRU**, führt aus, dass die Berechnung gemäss der SAKO stimmt und die Finanzierung sinnvoll ist. Die SAKO empfiehlt, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Fritschi Marc, **PARTEILOS**, findet es erstaunlich, wie man sich beim Steuerzahler bedient. Das Verwaltungsgericht hat nicht vier Jahre für den Entscheid. Er beantragt, den Kredit auf eine Mio. Franken zu beschränken.

Schori Franz, **SP-Fraktion**, führt aus, dass die Fraktion den Antrag ablehnt und den drei Millionen zustimmt.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 Buchstabe a sowie Artikel 39 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 5. April 2023 beschliesst mit 33 : 5 Stimmen:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 3'000'000 Franken für eine neue Ausgabe zulasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit-Nr. 5210.5670.001 (Bilanzkonto 14660.01.01) für Investitionsbeiträge zur Förderung erneuerbarer Energien sowie für die Steigerung der Energieeffizienz (Energiesparen).
2. Entnahme der ausgerichteten Investitionsbeiträge (maximal 3'000'000 Franken) aus der Spezialfinanzierung Investitionen (Bilanzkonto 29300.50.01) für die Förderung erneuerbarer Energien sowie der Steigerung der Energieeffizienz (Energiesparen).
3. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

47. Parlamentarische Erklärung PE 1/2023 betreffend Sanierung BadeEinstieg und Seeufer Seepark

Jonas Baumann-Fuchs (EVP), Susanne Gygax (EVP), Nicolas Glauser (GLP), Nicole Krenger (GLP), Vanessa Meier (GLP), Franziska Eggenberg (EDU), Manfred Locher (EDU), Thomas Rosenberg (Grüne), Thomas Lanz (Grüne), Martin Allemann (SP) vom 16. Februar 2023; Beantwortung

Baumann Jonas, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, führt aus, dass man die Fraktion zuerst nicht verstehen wollte oder konnte. Die Fraktion ist der Ansicht, dass man eine parlamentarische Erklärung nachreichen muss. Der Grund ist, dass die Sanierungsidee des Gemeinderates und die Ideen der Fraktion nicht sehr weit auseinander liegen. Die Antwort des Gemeinderates ist nun so zu verstehen, dass die Sanierung Sache des Gemeinderates ist und der Stadtrat keine Ideen hierzu beitragen soll. Sein Verständnis von politischer Zusammenarbeit ist anders. Aufgabe des Stadtrates als Vertretung des Volkes ist, mehrheitsfähige Ideen vorzutragen. Dies bedeutet nicht, dass der Gemeinderat derselben Meinung sein muss, aber er darf nicht so überprüfungsfeindlich sein. Einig ist man sich insoweit, dass die Sanierung notwendig ist. Der Gemeinderat führte ursprünglich aus, dass die Uferstabilität und die Treppe sowie weiteres saniert werden soll. In der neuen Antwort des Gemeinderates steht nun, dass kein grundlegender Sanierungsbedarf bestehe. Die Wand weist massive Löcher auf und das Fundament ist ausgespült. Es ist nicht nachvollziehbar, wie der Gemeinderat zu seiner neuen Einschätzung gelangt. Diese Eingabe hatte

das Ziel, dass der Gemeinderat nochmals die Chance erhält, die Idee aufzunehmen. Es wird kein Kolosseum angestrebt. Es soll eine zielführende Sanierung mit einem Mehrwert erreicht werden. Die Fraktion will kein überdimensioniertes Bauprojekt. Dies sollte unter baulichen Unterhalt fallen. Der Gemeinderat hat nicht aufgeführt, wie gross die Differenz ist. Dies wäre aber erforderlich. Eine Willenserklärung ist kein Antrag. Das Handeln des Gemeinderates ist nicht förderlich, um das Volksinteresse an der Politik zu fördern.

Rosenberg Thomas, **Fraktion Grüne/JG**, sagt, dass man sich fragt, wo man seine Sachen platzieren soll, wenn man die besagte Treppe benutzen will. Die Bereitschaft zu prüfen, ob man etwas mehr Platz schaffen kann, liegt nicht vor. Die Mehrheit wird die Erklärung annehmen.

Werren Simon, **Fraktion FDP/Die Mitte**, ist der Meinung, dass es an dieser Stelle schwierig sein dürfte, eine Bewilligung zu erhalten. Es werden deshalb keine grossen Umgestaltungen gewünscht. Die Fraktion wird die parlamentarische Erklärung ablehnen.

Jaccard Manon, **SP-Fraktion**, führt aus, dass sich die Fraktion den Ausführungen von Stadtrat Baumann und von Stadtrat Rosenberg anschliesst. Es werden mehr Details zur Sanierung gewünscht. Es handelt sich um öffentlichen Raum. Dieser steht allen zur Verfügung. Es muss nicht auf Hotels Rücksicht genommen werden. Die Fraktion nimmt die parlamentarische Erklärung mehrheitlich an.

Aegerter Peter, **SVP-Fraktion**, ist der Ansicht, dass kein allgemeiner Sanierungsbedarf besteht. Der Gemeinderat zeigt in der Stellungnahme auf, was eine Umgestaltung zur Folge haben würde. Der schleichende Einzug dieser Politikultur wird nicht gutgeheissen. Dies hat Kostenfolgen und es kommt immer aus derselben politischen Küche. Unter politischer Akzeptanz versteht er etwas anders. Die Fraktion wird die parlamentarische Erklärung einstimmig ablehnen.

Gemeinderat Reto Schertenleib wehrt sich gegen die Aussage, wonach der Gemeinderat überprüfungsfeindlich sein soll. Es besteht kein grundlegender Sanierungsbedarf. Wenn die Seeabsenkung kommt, wird man sehen, ob und wo ein Sanierungsbedarf besteht. Dann wird die Treppe saniert werden. Es gibt keine baulichen und finanziellen Synergieeffekte, wie in der parlamentarischen Erklärung suggeriert wird. Der Abschnitt befindet sich an einer sensiblen Uferzone. Es müsste ein grösseres Projekt mit ungewissem Ausgang initiiert werden. Mit einer pragmatischen Lösung soll die Treppe in Stand gestellt werden.

Stadtratsbeschluss

Der Rat lehnt die parlamentarische Erklärung mit 19 : 15 Stimmen bei 4 Enthaltungen ab.

48. Postulat P 39/2022 betreffend mehr öffentliche WC in Thun

Fraktion SP vom 17. November 2022; Beantwortung

Jaccard Manon, **SP-Fraktion**, findet es gut, dass es schon einige öffentliche Toiletten gibt und weitere geprüft werden. Sie fragt sich, ob man noch Standorte am Kleistinseli prüfen könnte. Begrüssenswert ist es, dass die Stadt einige Toiletten inklusiv anschreiben will. So können Erfahrungen gesammelt werden. Betreffend feste Frauenurinale wird eingesehen, dass diese noch nicht die beste Lösung darstellen. Auf die Ergebnisse der Prüfung der mobilen Frauenurinale ist sie gespannt. Da die Prüfung des Baus von öffentlichen Toiletten beim Bahnhof, Viehmarktplatz und hoffentlich auch Kleistinseli, sowie die Prüfung der mobilen Frauenurinale nicht abgeschlossen sind, beantragt die Fraktion, das Postulat nicht abzuschreiben. Es wird einstimmig angenommen.

Deriaz Philipp, **SVP-Fraktion**, findet, dass kein Handlungsbedarf mehr besteht. Beim Punkt zwei betreffend Frauenurinale besteht wohl kein grosses Bedürfnis. Bei Punkt drei bezüglich Wickeltische versteht er die Erklärung des Gemeinderates. Es besteht oft nicht genügend Platz hierfür. Zudem werden die Tische oft missbraucht oder beschädigt. Als Vater hat er immer genügend Ersatzmöglichkeiten gefunden. Es besteht kein Handlungsbedarf. Die Fraktion empfiehlt das Postulat zur Ablehnung und wird es bei einer allfälligen Annahme abschreiben.

Meier Vanessa, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, findet es erfreulich, dass zusätzliche Standorte geprüft werden. Eine verlorene Chance findet sie, dass das Angebot der netten Toilette nicht aufgefrischt und weitere Standorte dazu gewonnen werden konnten. Die Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates folgen.

Althaus Spinnler Natalie, **Fraktion Grüne/JG**, ist mit den Antworten zu den Punkten zwei und drei zufrieden. Beim Bahnhof und beim Viehmarkt braucht es eine kostenlose, frei zugängliche Toilette. Wenn möglich, soll auf die erwähnten Bedürfnisse wie genderneutrale Toiletten eingegangen werden. Dies veranlasst die Fraktion, das Postulat anzunehmen und nicht abzuschreiben.

Werren Simon, **Fraktion FDP/Die Mitte**, führt aus, dass viele öffentliche Toiletten saniert worden sind. Dies ist eine gute Investition. Vandalen-Akte führen zu grossen Kosten. Es ist zurückhaltend mit dem Bau von neuen Anlagen umzugehen. Eine Toilette beim Bahnhof führt nur zu Problemen. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Zellweger Matthias, **PARTEILOS**, führt aus, dass die Parteilosen das Postulat abschreiben. Er erklärt, dass die ersten öffentlichen Toiletten in Thun von den Bierbauern bezahlt worden sind.

Gemeinderat Reto Schertenleib dankt für die gute Aufnahme des Postulats.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 26 : 11 Stimmen bei einer Enthaltung als erheblich und schreibt es mit 24 : 14 Stimmen ab.

49. Postulat P 40/2022 betreffend Velosteg zwischen Aarequai und Scherzligweg

Natalie Althaus (Grüne), Michelle Marbach (Grüne), Fraktion Grüne/JG vom 15. Dezember 2022; Beantwortung

Gemeinderat Reto Schertenleib führt aus, dass der Gemeinderat nicht beabsichtigt, eine Machbarkeitsstudie dafür in Auftrag zu geben. Die Idee wurde im Rahmen des Charrette-Verfahrens zum ESP Bahnhof Thun aufgeworfen. Daraus resultiert eine Machbarkeitsstudie. Diese soll bis Ende Jahr vorliegen. Im ersten Quartal 2024 sollen dann die Massnahmen in das Aggloprogramm aufgenommen werden. Genau diese Verbindung soll als Problemstellung mitaufgenommen werden. Es gibt Probleme, die beleuchtet werden müssen. Dabei geht es um den Anschluss Scherzligseite und Quaiseite.

Marbach Michelle, **Fraktion Grüne/JG**, ist hocherfreut über die Antwort. Die Fraktion ist gespannt auf die Resultate aus der Machbarkeitsstudie und hofft, dass der Stadtrat auf dem Laufenden gehalten wird.

Deriaz Philipp, **SVP-Fraktion**, versteht nicht, wieso der Vorstoss im Stadtrat ist. Es läuft alles. Er findet es vom Ort her eine gute Sache.

Werren Simon, **Fraktion FDP/Die Mitte**, findet, dass die Verbindung einige Vorteile hätte. Die Fraktion wird das Postulat annehmen.

Eggenberg Franziska, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, führt aus, dass die Fraktion das Postulat annimmt. Es braucht eine gute Planung und es ist erfreulich, dass das Anliegen in die Machbarkeitsstudie einfließt.

Christen Adrian, **SP-Fraktion**, sagt, dass das Nadelöhr Göttibach und Schleuse nicht neu ist. Auch die Idee der Aarequerung ist nicht neu. Weitere Vorschläge wie die Verbreiterung des Göttibachstegs liegen vor, um das Nadelöhr zu verkleinern. Die Herausforderung für die Realisierung ist der Konflikt zwischen Fussgängerinnen und -gängern sowie Fahrradfahrerinnen und -fahrern. Dies wird nicht einfach. Auch Bauen am Wasser ist nicht einfach. Das Thema schützenswerte Ortsbilder ist zu berücksichtigen. Die Fraktion begrüsst die Verbesserung für den Langsamverkehr und die Machbarkeitsstudie. Daraus können Erkenntnisse für die Zukunft gewonnen werden. Die Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an.

Fritschi Marc, **PARTEILOS**, ist froh, dass der Gemeinderat Lösungen für den Göttibachsteg und den Aarequai prüft. Erfreulich wäre, wenn eine Voranfrage gemacht wird, um die Bewilligungsfähigkeit abzuklären. Eine Machbarkeitsstudie ist hier eher zu vertreten als an anderen Orten. Er fragt, wieviel die Machbarkeitsstudie kosten wird und ob es ein Stadtratsgeschäft werden wird oder der Gemeinderat darüber entscheiden können wird.

Gemeinderat Reto Schertenleib kann den Betrag nicht genau bezeichnen, führt aber aus, dass es wohl ein Stadtratsgeschäft werden wird.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

50. Postulat P 01/2023 betreffend Umsetzung Istanbul-Konvention

Alice Kropf (SP), Fraktion SP, Fraktion Grüne, Fraktion GLP/EVP/EDU vom 20. Januar 2023; Beantwortung

Kropf Alice, **SP-Fraktion**, führt die Zahlen zu Straftaten im Jahr 2022 aus. Jede fünfte Frau in der Schweiz hat sexualisierte Gewalt erlebt. Nur acht Prozent davon haben Anzeige erstattet. Dies vor allem wegen Angst, Scham oder fehlendem Vertrauen in die Polizei. Häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen sind weit verbreitet und verursachen hohes Leid und hohe Kosten. Die Istanbul-Konvention will dem entgegenwirken. Betreffend Gewaltprävention und Schutz vor Gewalt sind auch Massnahmen auf Gemeindeebene gefordert. Die Stellungnahme des Gemeinderates ist ein guter Anfang. Das, was bis jetzt gemacht wird, reicht nicht. Es ist eine lose Zusammenstellung von Massnahmen. Es gibt keine Koordination und keine zuständige Stelle. Es liegt zudem kein Aktions- und Massnahmenplan vor. Eine Planung mit Priorisierungen, Zielen und Wirkungskontrollen fehlt. Eine digitale Kampagne reicht nicht. Prävention ist in jedem Fall günstiger als die Folgen häuslicher und sexualisierter Gewalt. Eine weitere Möglichkeit für sinnvolle Prävention wären Aktionstage. Die wirkungsvollste Prävention ist die Förderung von Gleichstellung und die Überwindung von patriarchalischen Strukturen. Es ist unklar, was gegen Zwangsehe unternommen wird. Informationen bei den Einwohner- und Einwohnerinnendiensten reichen nicht. Gegen sexualisierte Gewalt fehlen Massnahmen vollkommen. Auch Schutzmassnahmen sind erforderlich. Die Umsetzung liegt auch in der Verantwortung der Gemeinden, gerade weil der Kanton nicht viel macht. Es liegen keine Zahlen vor, ob die getroffenen Massnahmen helfen. Eine einheitliche Datenerhebung ist erforderlich. Es braucht einen wirklichen Aktions- und Massnahmenplan, der überprüft und bei Bedarf überarbeitet wird. Zudem braucht es eine zuständige, verantwortliche Stelle. Die Fraktion beantragt die Nichtabschreibung des Postulats.

Leonardo Schlatter, **SVP-Fraktion**, führt aus, dass die Massnahmen gemäss der Istanbul-Konvention weitgehend in die Zuständigkeit der Kantone fallen. Dass Prävention günstiger ist als Symptombekämpfung, ist klar. Dies setzt voraus, dass man weiss, welches die Probleme sind und wie man diese bekämpfen kann. Mögliche Täter müssen früh genug identifiziert werden können. Es braucht Zahlen, wer wann gewalttätig wird. Werbung im Bus ist teuer und bringt wenig bis nichts. Dass sich ein Täter von Veranstaltungen wie Aktionstagen nicht angesprochen fühlt, ist allen klar. Die Stadt Thun nimmt ihre Verantwortung wahr, indem sie ihre Angestellten entsprechend schult und sensibilisiert. Das Problem der häuslichen Gewalt wird erkannt. Die Kompetenz und nötigen Mittel sind aber bei Bund und Kantonen. Die Fraktion stellt einen Antrag auf Ablehnung.

Weber Cloe, **Fraktion Grüne/JG**, sagt, dass obwohl Thun bereits Massnahmen ergriffen hat, weitere Handlungen erforderlich sind. Es ist erfreulich, dass die Verwaltung und die externen Fachstellen in Kontakt sind und sich mit der Problematik auseinandersetzen. Es reicht jedoch nicht, um eine konsequente Umsetzung der Konvention zu gewährleisten. Ein konkreter Aktionsplan fehlt weiterhin. Dieser muss Ziele, Zeitpläne und Verantwortlichkeiten enthalten. Prävention ist von entscheidender Bedeutung. Die Fraktion wird das Postulat annehmen, aber nicht abschreiben.

Gygax-Wymann Susanne, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, findet es erfreulich, dass die Verwaltung auf diese Thematik sensibilisiert wird. Es besteht ein erhöhter Bedarf von Sensibilisierung der Bevölkerung im Allgemeinen. Kinder sind häufig die Leidtragenden. Bei direkter oder indirekter Gewalteinwirkung löst dies im Kind etwas aus. Information, Aktionstage und Beratung sind wichtig. Dies kostet etwas. Als Stadt sollte man eine Vorreiterrolle einnehmen. Es fehlt eine zuständige städtische Koordinationsstelle, welche Ziele und einen Aktions- und Massnahmenplan erarbeitet. Die Fraktion ist für die Annahme des Postulats aber nicht für die Abschreibung.

Huber Notter Daniela, **Fraktion FDP/Die Mitte**, führt aus, dass sich die Gemeinde nicht Kantons- oder Bundesaufgaben aneignen darf. Die Mitarbeitenden der Stadt Thun werden geschult. Man soll sich auf die Gemeinde konzentrieren. Die Fraktion folgt grossmehrheitlich dem Antrag des Gemeinderates.

Kropf Alice, **SP-Fraktion**, betont, dass auch die Gemeinden zuständig sind.

Fritschi Marc, **PARTEILOS**, sagt, dass der Nutzen von Informationstagen gering ist, wenn nicht kontraproduktiv, wenn man nur darüber spricht und dann nichts machen kann.

Hiltbold Thomas, **Fraktion Grüne/JG**, führt aus, dass Prävention wichtig ist. Hier ist auch die Gemeinde zuständig. Dies kann nicht einfach abgeschrieben werden. Wir müssen am Ball bleiben.

Gemeinderätin Eveline Salzmann betont, dass dem Gemeinderat die Themen der Istanbul-Konvention wichtig sind. Alle Altersgruppen sind betroffen. Risikofaktoren sind finanzielle Abhängigkeit oder fehlende Sprachkenntnisse. Die Mitarbeitenden, die in den entsprechenden Bereichen der Stadt arbeiten, sind auf diese Themen sensibilisiert. Sie reagieren, wenn sie Anzeichen auf häusliche Gewalt entdecken. Die Vernetzung zwischen den Akteuren wird ernst genommen. An Aktionswochen würden Personen teilnehmen, die auf diese Themen bereits sensibilisiert sind. Mögliche Täter sollen von Taten abgehalten werden. Es gibt gute Angebote hierfür. Jugendliche werden durch die offene Kinder- und Jugendarbeit und die Schulsozialarbeit auf die Thematik sensibilisiert. Die Leiterin der Interventionsstelle hat keine konkreten Umsetzungsvorschläge für die Stadt Thun gemacht. Der Gemeinderat beantragt die Annahme und Abschreibung des Postulats. Die Abschreibung hat aber nicht zur Folge, dass nichts mehr unternommen wird. Guten Ideen gegenüber ist der Gemeinderat nicht verschlossen. Die geforderten Massnahmen werden als teuer, langandauernd und zu wenig zielgerichtet erachtet. Im Kanton gibt es bereits eine Koordinationsstelle. Sie bitten den Stadtrat, dem Antrag des Gemeinderats auf Antrag und Abschreibung zu folgen.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 26 : 9 Stimmen bei einer Enthaltung als erheblich und schreibt es mit 20 : 16 Stimmen nicht ab.

51. Interpellation I 14/2022 betreffend innovative Ansätze zur Verbesserung des Thuner Verkehrsproblems

Michelle Marbach (Grüne), Thomas Lanz (Grüne) und Fraktion Grüne/JG vom 15. Dezember 2022; Beantwortung

Marbach Michelle, **Fraktion Grüne/JG**, teilt mit, dass die Fraktion mit der Antwort zufrieden ist und keine Diskussion wünscht.

52. Fragestunde F 10/2023 betreffend Identitätsfeststellung durch private Sicherheitsdienste

Alice Kropf (SP) vom 9. Mai 2023; Beantwortung

Die Fragestunde F 10/2023 wird schriftlich beantwortet.

53. Fragestunde F 11/2023 betreffend Frauen-EM in Thun

Mark van Wijk (FDP) und Valentin Borter (SVP) vom 9. Mai 2023

Der Stadtschreiber führt aus, dass der Gemeinderat die Fragestunde F 11/2023 an seiner gestrigen Sitzung zur Kenntnis genommen hat. Er wird diese an einer seiner nächsten Sitzungen zusammen mit dem Kreditgeschäft behandeln und beantworten. Die Antworten werden dem Stadtrat gestützt auf Artikel 43 Absatz 4 des Geschäftsreglements nachträglich zugestellt.

Borter Valentin (SVP) führt in einer persönlichen Erklärung aus, dass die Stadt Thun am 4. April 2023 eine Medienmitteilung veröffentlicht hat, wonach die UEFA Frauen EM 2025 in Thun stattfinden wird. Das finanzkompetente Gremium hat sich aber hierzu noch nicht geäußert. Die Fragestunde wurde fristgerecht eingereicht. Bereits eine Woche zuvor wurde die zuständige Direktion über die Fragestunde vorinformiert. Für die Beantwortung der Fragen hatte man über eine Woche Zeit. Sie wurden nun nicht beantwortet, ohne dass er vorher hierüber informiert worden ist.

Der Stadtpräsident führt aus, dass das Problem nicht bei der Direktion oder der zuständigen Vorsteherin liegt. Der Gemeinderat war nicht in der Lage, Antworten auf diese Fragestunde vorzulegen, da ihm das entsprechende Stadtratsgeschäft noch gar nicht unterbreitet worden ist. Der Gemeinderat wird die Fragen in Kenntnis des Stadtratsgeschäftes beantworten.

54. Motion M 03/2023 betreffend Leistungsvertrag Mokka; SVP-Fraktion; Dringlichkeitsbeschluss

Bieri Thomas, **SVP-Fraktion**, teilt mit, dass der Leistungsvertrag gemäss seinen Informationen vor der Sommerpause behandelt wird. Die Motion müsse deshalb dringlich behandelt werden, sonst bringt sie nichts.

Der Stadtratspräsident teilt mit, dass der Gemeinderat die Dringlichkeit befürwortet.

Der Rat nimmt die Dringlichkeit mit 22 : 14 Stimmen an.

Eingänge

- Motion M 02/2023 betreffend Senkung des Steuerfusses von bisher 1.72 auf 1.62; Mark van Wijk (FDP), Valentin Borter (SVP), Thomas Bieri (SVP), Fraktion FDP/Die Mitte, Fraktion SVP vom 11. Mai 2023
- Dringliche Motion M 03/2023 betreffend Leistungsvertrag Mokka; SVP-Fraktion vom 11. Mai 2023
- Postulat P 06/2023 betreffend Hitzeinseln; Natalie Althaus (Grüne), Fraktion Grüne vom 11. Mai 2023
- Interpellation I 04/2023 betreffend Stau beenden, Innenstadt entlasten; Stadtrat Marc Fritschi (parteilos), Stadtrat Matthias Zellweger (parteilos), Stadtrat Sandro Badertscher (parteilos) vom 11. Mai 2023

Der Stadtratspräsident



Manfred Locher

Der Stadtratssekretär



Stadtschreiber Bruno Müller Huwyler